

Einstellungen zum politischen System in Ost und West

1. Das Easton-Konzept politischer Unterstützung

		<u>Politische Gemeinschaft</u>	<u>Unterstützungsobjekte</u> Regime	Autoritäten
Diffus	Quellen/ Normen Werte	Identifikation mit der politischen Gemeinschaft	Regime- Legitimität	Autoritäten- Legitimität
<u>Unterstützungs- modi</u>	Generalisierter Nutzen spezifisch	Kurzfristiger Nutzen	Regime- Vertrauen	Autoritäten- Vertrauen Zufriedenheit mit den alltagl. Outputs

Unterstützung : Einstellung, mit deren Hilfe sich eine Person bewertend (positiv/negativ) gegenüber einem Objekt orientiert.

Quellen solcher Orientierung :

1. Zufriedenheit mit den Outputs des politischen Systems bzw. den Akteuren ("spezifische Unterstützung"), ergibt sich aufgrund kurzfristigen Nutzens.
2. Zustimmung zu dem Objekt als solchem ("diffuse Unterstützung"), differenziert in Unterstützung aufgrund allgemeiner Übereinstimmung mit den Werten und Normen (Legitimität) und Unterstützung aufgrund generalisierten Nutzens (Vertrauen).

Objektklassen :

1. Politische Gemeinschaft, d.h. das Kollektiv der Mitglieder eines pol. Systems.
2. Regime, d.h. die Institutionenstruktur eines pol. Systems und die ihm zugrunde liegenden Normen und Werte.
3. Autoritäten, d.h. Autoritätsrollen und ihre konkreten Inhaber.

Spezifische Unterstützung bezieht sich nur auf Autoritäten, diffuse auf alle drei Objektklassen.

Die sechs Unterstützungsformen nach ihrem Stellenwert für die Systempersistenz (hierarchische Gliederung) :

1. Identifikation mit der politischen Gemeinschaft
2. Regime-Legitimität
3. Regime-Vertrauen
- Schwelle 2 -
4. Autoritäten-Legitimität
5. Autoritäten-Vertrauen
- Schwelle 1 -
6. Zufriedenheit mit den alltäglichen Outputs

Erklärung : Entwickeln sich Unzufriedenheiten der Bürger über die Schwellen hinaus, ergeben sich steigende Persistenzprobleme für das politische System.

Unklarheiten im Easton-Konzept :

- spezifische und diffuse Unterstützung sind nicht systematisch abgrenzbar
- Outputbezug gilt sowohl für "Vertrauen" als auch für spezifische Unterstützung, keine klare Definition des Unterscheidungsmerkmals Generalisierung
- Sind Institutionen dem Regime oder den Autoritäten zuzuordnen ?
- Probleme bei der Zuordnung von Indikatoren : Auf welche Unterstützungsobjekte bzw. -modi lassen sie sich anwenden ?

2.1 Einstellungen zur Demokratie und zur Nation

Aufgrund der Geschichte Deutschland, gescheiterte Demokratiebewegung in den 20ziger Jahren und der darauf folgenden Nationalistischen Regierungsform, kam es auch in der Nachkriegszeit nie zu einer Symbiose zwischen der Nationalstaatsidee und den demokratischen Prinzipien. Dies änderte sich auch bis heute nicht. Allerdings arrangierte man sich mit der Demokratie besser, je länger der Nationalistische Staat in der Vergangenheit lag.

Unterstützung der demokratischen Prinzipien

- In beiden Teilen der BRD gibt es einen einheitlichen Konsens über die Grundwerte der Demokratie Freiheit, Chancengleichheit und Wettbewerb.
- In Ost- und Westdeutschland gibt es eine gemeinsame Anerkennung von freier Meinungsäußerung, Parteienpluralismus, alternierender Parteienregierung und die Notwendigkeit einer Opposition.
- Eine breite Zustimmung findet auch das Demonstrationsrecht und den Verzicht auf Anwendung von Gewalt bei politischen Konflikten.

Vgl. auch nachfolgende Tabelle:

Tab. 1: Unterstützung Demokratischer Werte in West- und Ostdeutschland

	sehr Negativ	eher Negativ	Teils-Teils	eher Positiv	Sehr Positiv
Ost	0	1	9,8	38,6	37,2
West	0	1,6	10,3	39,2	40,3

Quelle : DFG-Studie 1994.

Demokratiezufriedenheit

- Es muss ein Unterschied gemacht werden zwischen den Werten und Normen der Demokratie und dem Zustand des politischen Systems, insbesondere in Krisenzeiten.
- In Deutschland gab es drei Tiefpunkte der Demokratiezufriedenheit:
 1. 1973 zur Zeit der Weltwirtschaftskrise
 2. 1980-82 Ende der sozialliberalen Koalition
 3. 1990 nach der Wiedervereinigung.

Daraus sieht man, dass die Demokratiezufriedenheit stark mit der Wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängt.

- In Westdeutschland nahm die Demokratiezufriedenheit nach der Wende stark ab stagnierte aber Mitte der 90ziger Jahre, die gleiche Tendenz war in Ostdeutschland zu beobachten.
- Die Zufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems unterschieden sich aber in Ost- und Westdeutschland. Die Westdeutschen waren mit den Leistungen zufrieden wogegen die Ostdeutschen nur bis unmittelbar nach der Wiedervereinigung dieselben akzeptierten.

Demokratische Ideale und Praxis

- Das politische System in Deutschland entspricht ungefähr der Idealvorstellung einer Demokratie der Bundesbürger.
- Es gibt aber auch deutliche Diskrepanz zwischen den Vorstellungen der Bürger und der Praxis:
 1. Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz
 2. freie Berufswahl
 3. Presse- und Meinungsfreiheit
- Weiter Kritikpunkt zur Praxis sind die unzulängliche Gleichwohlorientierung des politischen Systems und die fehlende Institutionalisierung direktdemokratischer Prinzipien.

® **Systemunterstützung** ¹ **Einverständnis mit bestehenden Verhältnissen**

2.2 Einstellungen zu den Staatsorganen

Bundestag

- Den Abgeordneten wird ein zunehmendes Eigeninteresse unterstellt. Wobei sich der Anteil in Ostdeutschland mit 37 % gegenüber 32 % im Westen unterscheidet.
- Seit der Wiedervereinigung kann man von einer Vertrauenskrise, in Ost- und Westdeutschland, sprechen. Wobei ein deutliches West – Oste Gefälle zu beobachten ist. Mit einem Tiefpunkt 1994. Dennoch ist sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland eine zuwachst zum Vertrauen in der Bundestag zu verzeichnen.

Bundesregierung

- Seit 1992 wird die Arbeit der Regierung sowie der Opposition negativ beurteilt.
- Bei der Bewertung der Regierung sollte man zwei Aspekte voneinander trennen:
 1. Regierungsvertrauen
 2. RegierungsleistungDer erste Punkt gliedert sich auf in Integrität, Gemeinwohlorientierung, Kompetenz und Verantwortlichkeit.
Die Leistung der Regierung wird hauptsächlich durch das Tagesgeschäft der Politiker bestimmt und sind somit größeren Schwankungen ausgesetzt.
- Es gibt eine gleiche Entwicklung zwischen Bundestag und Bundesregierung, wobei die Westdeutsche Bevölkerung den Bundestag etwas besser bewertet als die Bundesregierung. In den neuen Ländern werden beide etwa gleich beurteilt. Dennoch ist das Vertrauen in die Regierung bis 1995 gesunken und erholt sich nur langsam und stagniert.
- Seit 1993 liegt das Vertrauen unter der 50% Marke, wobei die Ostdeutsche Bevölkerung weniger Vertrauen entgegenbringt als die Westdeutschen.

Die Gerichte und Exekutive

- Von jeher herrschte in Deutschland ein starkes Vertrauen in die Exekutive und Judikative Einrichtungen der Bundesrepublik. Deutlich höher als die der Bundesregierung und dem Bundestag. Seit 1984 nahm dieses Vertrauen stark ab (Westdeutschland), dieser Trend setzte sich verstärkt mit der Wiedervereinigung fort.
- Nach der Wiedervereinigung war das Vertrauen der Bürger der neuen Länder sehr gering, dies änderte sich in den Folgejahren, im Gegensatz zur westlichen Bevölkerung.

3.1 Einstellungen der Bevölkerung gegenüber den politischen Parteien

In den 70er und 80er Jahren wurden mit dem Begriff der politischen Parteien vorwiegend negative Attribute wie Bürgerferne, Verbonzung, Ämterpatronage, programmatische Profillosigkeit, unzulängliche innerparteiliche Demokratie, undurchsichtige Finanzierungspraktiken, Gruppenegoismus, Polarisierung und Ideologisierung in Verbindung gebracht. Diese Einschätzungen des Charakters politischer Parteien beruhten weniger auf den Ergebnissen empirischer Forschung, denn mehr auf subjektiven Wertungen der Bevölkerung.

Dennoch lassen die seit 1961 kontinuierlich erhobenen Daten über die Einstellung der Bevölkerung zu den Parteien bis 1989 keinen merklichen Abwärtstrend der Sympathiewerte erkennen. Nach einem kurzzeitigen Sympathiegipfel im Jahre 1990 setzte jedoch ein dramatischer Rückgang der Zustimmungswerte ein.

Auch die Parteidentifikation, die „psychologische Parteimitgliedschaft“, erfuhr seit den 80er Jahren einen bemerkenswerten Rückgang – während noch in den 70er und frühen 80er Jahren etwa die Hälfte der Befragten angab, sich mit einer politischen Partei zu identifizieren, lag deren Anteil nach der Wiedervereinigung bei nur noch etwa 25 %.

3.2 Bewertung der Staatstätigkeit

Policy-Kultur: Art und Umfang der von den Bürgern erwarteten staatlichen Leistungen sowie Zufriedenheit mit dem Output des Staates und der politischen Institutionen vor allem der Regierung und der Verwaltung.

Über folgende Staatsaufgaben besteht ein relativ breiter Konsens:

- Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen zur Sicherung des Einkommens
- Garantie der inneren und äußeren Sicherheit
- Umweltschutz
- Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur

Umstritten sind dagegen folgende Forderungen an den Staat :

- Bereitstellung kultureller Einrichtungen
- Schaffung von Arbeitsplätzen

Bei der **Definition der Staatsaufgaben** tritt der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen stärker zutage als in anderen Aspekten politischer Kultur. In der DDR verkörperte der Staat eine allzuständige Regelungs- und Verteilungsinstanz. Für die Bürger war dies zum einen mit einem hohen Maß an Sicherheit verbunden, zum anderen mit einem hohen Grad an Fremdbestimmung. Dementsprechend definiert die westdeutsche Bevölkerung die Staatsaufgaben restriktiver. Während in der Gesundheitspolitik und der Altersvorsorge eine weitgehende Übereinstimmung der Forderungen und Erwartungen der West- und Ostdeutschen feststellbar ist, gehen die Positionen etwa bei folgenden Punkten auseinander :

Tab. 2:

	West	Ost
Ausweitung der Sozialleistungen	22 %	59 %
Staatsverantwortung für Vollbeschäftigung und stabile Preise	67 %	83 %
Staatsverantwortung für Absicherung exist. Grundrisiken (z.B. Arbeitslosigkeit)	86 %	96 %

Quelle : Allbus 1994.

3.3 Vorstellungen von einer idealen Gesellschaftsordnung in West- und Ostdeutschland

Definition „Werte“ :

Die als allgemein verbindlich angesehenen Vorstellungen von der wünschenswerten Form des menschlichen Zusammenlebens. Sie gelten als die zentralen, allgemeinen, stabilen einstellungs- und verhaltensbestimmenden Elemente des individuellen Orientierungssystems bzw. der Kultur einer Gesellschaft. (Gabriel 1997).

Westdeutschland

- breite Akzeptanz marktwirtschaftlich-leistungsgesellschaftlicher Prinzipien
- Wunsch nach sozialstaatlichen Vorsorgeleistungen

Ostdeutschland

- nach der Wiedervereinigung stärkere Präferenz für marktwirtschaftlich-leistungsgesellschaftliche Prinzipien als in Westdeutschland, dann abnehmende Präferenz
- Präferenz für neue politische Ziele
- kollektive Formen der Daseinsvorsorge
 - ? mangelnde Kenntnis der Schattenseiten einer Wettbewerbsgesellschaft
 - ? Unsicherheiten der Umbruchssituation
 - ? Instabilität der Wertorientierungen

Insgesamt ist in den letzten beiden Jahrzehnten eine schrittweise Verdrängung traditioneller Sicherheits- und Wohlfahrtswerte durch emanzipatorische, lebensstilbezogene Werte feststellbar. Die zunehmende Bedeutung von partizipativ-egalitären Werten und die Abkehr von traditionellen autoritären und antipluralistischen Vorstellungsmustern, welche die Etablierung einer liberalen Demokratie in Deutschland erschwert hatten, war der politischen Kultur der Bundesrepublik sicherlich zuträglich. Die Dominanz individualistischer und auf Selbstverwirklichung hin abzielender

Wertvorstellungen könnte sich aber in Zeiten von politischen Krisen, in denen Gemeinsinn, Vertrauen und Anspruchsreduzierung gefragt wären, als unzuverlässige und nicht belastbare Grundlage der Gesellschaft erweisen.

Fazit

In Deutschland herrscht ein *grundlegender Konsens* über die positiven Eigenschaften der demokratischen Ordnung. Dem abstrakten Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie und dem Konsens über Grundwerte wie Meinungsfreiheit, demokratischer Wettbewerb und Parteienpluralismus steht vor allem auf Seiten der Ostdeutschen ein Unbehagen ggü. Werten wie individuelle Freiheit oder Wettbewerbsdenken entgegen, die typisch für eine marktwirtschaftliche Demokratie sind. Trotz der allgemeinen Zustimmung zur Demokratie gibt es deshalb *entschiedene Forderungen nach systeminternen Verbesserungen*.

Gerade am Begriff der Gerechtigkeit läßt sich das Nachwirken der sozialistischen Ideale in Ostdeutschland erkennen, was zum Teil zu *paradoxen Ergebnissen* führt:

- zunehmende Akzeptanz von indiv. Leistung, Selbstverwirklichung und auch von auf Leistung basierender Einkommensungleichheit
- Anstreben von Gleichverteilung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene

Diese *Ideale* führen auch rückblickend zu einer positiven Beurteilung der DDR, die nach Meinung der Ostdeutschen der neuen Bundesrepublik in vielen Punkten wie Solidarität, soz. Sicherheit, gemeinschaftliches Leben, gesellsch. Anerkennung und Chancengleichheit überlegen war.

- Der *sozialistische Gerechtigkeitsbegriff* (Gerechtigkeit = Gleichheit, Gleichverteilung) vom kapitalistischen bzw. dem einer sozialen Marktwirtschaft, wo individuelle Freiheit mit anschließendem wohlfahrtstaatlichen Ausgleich angestrebt wird.
- Tendenz zur positiven Rückerinnerung (an DDR) verstärkt *Neigung zur Negativbeurteilung der neuen Ordnung*, was zu einer Unzufriedenheit trotz besseren Lebensstandards führt

Insgesamt erschweren wechselseitige kollektive *Stereotypisierungen* die soziale Integration. Eine öffentliche Auseinandersetzung über die verschiedenen Gerechtigkeitskonzeptionen, eine Suche nach gemeinsamen Normen ist unerlässlich.

4. Systemtransformation in Osteuropa

Ungarn, Polen, Tschechien, Ostdeutschland

Wie ist der Status des neuen Gesellschaftssystems in den ehem. kommunistischen Ländern? Wie belastbar und stabil ist demokratische und marktwirtschaftliche Struktur?

Grundlegende Frage für die Erfolgsaussicht des kulturellen und sozialen Wandels:

- sind immer noch verfestigte Überzeugungen, die auf die Zeit der sozialistischen Regime zurückgehen, vorherrschend (*Sozialisationshypothese*) oder
- gibt es eine Anpassung an die neue gesellschaftliche Situation (*Lebenssituationshypothese*)?

Die Konsolidierung der neuen Ordnung hängt von der Gültigkeit der Sozialisationshypothese ab. Nur wenn sie nicht universell gilt, hat das Handeln der politischen Eliten und die wirtschaftliche Entwicklung eine Chance („policy does matter“):

- Marktwirtschaft und Demokratie müssen sich im Transformationsprozeß beweisen
- Auswirkungen des Umbruchs (Massenarbeitslosigkeit, Hyperinflation, Verringerung des Lebensstandards) bedürfen der politischen Unterstützung der Bevölkerung, um in Krisenzeiten Stabilität zu gewährleisten

Belege für Gültigkeit der Sozialisationshypothese:

- ansozialisierte Einstellungen zum neuen System (Forderung nach starkem Sozialstaat, kritische Beurteilung bürgerlicher Freiheit, Gerechtigkeit = Gleichheit)

Gültigkeit der Lebenssituationshypothese:

- gute materielle Lage, soz. Status, trägt zu positiver Beurteilung des neuen Systems bei.
Bsp. Ungarn: das relativ hohe Wohlstandsniveau am Ende der 80er Jahre und der wirtschaftliche Niedergang mit der teilweisen Verschlechterung ggü. den anderen Ostblockländern führt dazu, daß sich viele Bürger als *Transformationsverlierer* betrachten, was zu einer negativen Haltung

zur neuen Ordnung führt. Die Beurteilung der eigenen mater. Lage hängt auch stark vom *Blickwinkel* ab. So ist der Lebensstandard der Ostdeutschen im Vergleich mit den ehem. Ostblockländern hoch, sie fühlen sich aber im Vergleich mit den Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse.

Auffällig ist insgesamt, daß sich nur eine Minderheit insgesamt als Transformationsgewinner sieht. In Tschechien, aber vor allem in Polen und besonders Ungarn überwiegt sogar (relativ zu den Gewinnern) die Gruppe, sie sich als Transformationsverlierer bezeichnet. Im internationalen Vergleich ist die Akzeptanzquote auf deutscher Seite recht hoch.

Tab. 3: Beurteilung der herrschenden politischen Ordnung in Prozent

	Tschechien	Polen	Ungarn	Neue Bundesl.
Viel schlechter	9,4	18,4	25,8	6,3
Etwas schlechter	14,0	20,6	25,2	12,7
Gleich	18,9	17,1	22,6	25,7
Etwas besser	34,3	32,8	21,2	40,4
Viel besser	23,4	11,1	5,2	14,9
N	979	1011	939	1038

Quelle : SOCO-Datensatz, 1995, ausgewertet von Jörg Jacobs.

Tab. 4: Veränderungen des sozialen Status gegenüber den achtziger Jahren : Gewinner und Verlierer der Transformation in Prozent

	Tschechien	Polen	Ungarn	Neue Bundesl.
Verlierer	31,0	48,3	58,8	27,8
Kein Unterschied	41,1	32,1	28,9	36,7
Gewinner	27,9	19,6	12,3	35,6
N	1000	1039	1000	1116

Quelle : SOCO-Datensatz, 1995, ausgewertet von Jörg Jacobs.

Fazit

Insgesamt läßt sich eine durchaus positive Einstellung zum demokratisch-marktwirtschaftlichen System feststellen, andererseits ist der Anteil der (subjektiven) Transformationsverlierer sehr hoch. Die Gerechtigkeitsbegriffe in Ost und West sind noch längst nicht kongruent, was auf das kulturelle Erbe zurückzuführen ist. Die Sozialisationshypothese und die Lebenssituationshypothese haben beide keine universelle Gültigkeit, sondern ergänzen sich. Ziel für die Zukunft muß es sein, die ökonomischen Bedingungen im Osten deutlich zu verbessern, damit ggü. den westlichen Ländern kein Minderwertigkeitsgefühl entsteht. Notwendig ist aber auch ein (intellektueller) Diskurs über die ideellen Ziele einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft. Voraussetzung für eine stabile Gesellschaft ist auch, daß die Gerechtigkeitsvorstellungen sich nicht völlig unterscheiden. Bei der Suche nach einem Konsens über grundlegende Werte der neuen Ordnung wird dem Generationswechsel eine große Bedeutung zukommen, weil die neue Generation nicht mehr so stark vom alten Systemdenken betroffen sein wird.

Ausblick

Ziel für die Zukunft muß also eine weitgehende ökonomische Gleichheit sein und ein Ausgleich der sozialen Kluft, um nicht eine Akzeptanzkrise des demokratischen Systems herbeizuführen. Notwendig ist aber auch eine Verständigung über gemeinsame gesellschaftliche Normen sowie eine Auseinandersetzung mit dem DDR-Regime, da der Idealtyp des Sozialismus weiterhin große Akzeptanz im Osten hat und rückblickend eine oft verklärte Beurteilung des diktatorischen Regimes mit sich zu bringen scheint. Eine Integration kann aber auch nur dann erfolgen, wenn Vorurteile auf beiden Seiten abgebaut werden. Der Konsens, der bei der abstrakten Beurteilung des demokratischen Systems herrscht, sollte auf die praktische Ebene ausgeweitet werden. Das Ablegen des alten stereotypen Denkens ist grundlegend für eine gesellschaftliche Integration und für eine positivere Einstellung zur Demokratie und zur politischen Elite insgesamt, wobei letzterer die Aufgabe zukommen wird, durch einen klaren reformerischen Kurs die Weichen für ein Zusammenwachsen von Ost und West zu stellen und das Ansehen des politischen Systems zu stärken, um nicht auf lange Sicht einen Vertrauensverlust wie in vielen anderen europäischen Ländern herbeizuführen.

Literatur

- Deth u.a. (Hrsg.)(2000): Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen.
 - Gabriel, Oscar W. (1997) : Politische Einstellungen und politisches Verhalten, in : Gabriel, Oscar W. / Holtmann, E. (Hrsg.) : Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München/Wien, S. 381-434.
 - Jacobs, Jörg: Alltag oder Vergangenheit? Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung in den neuen Bundesländern, Polen, Tschechien und Ungarn. in: politische Vierteljahreszeitschrift (2001): Vol. 42, No. -
 - Pickel/Walz (Hrsg.)(1998): Politische Einheit-kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998, Lang, Frankfurt a.M.
 - Thumfart, Alexander (2001) : Politische Kultur in Ostdeutschland, in : ApuZ, B39-40, S.6-14.
-